

Nr. 48 (XXXVIII) Militärische und bewaffnete Angriffe  
auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen<sup>1</sup>

*Das Exekutiv-Komitee*

*blieb* weiterhin *beunruhigt* über das weitere Vorkommen von rechtswidrigen Angriffen auf Flüchtlinge und Asylsuchende in verschiedenen Teilen der Welt, einschließlich militärischer und bewaffneter Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen; angesichts der tragischen und unterschiedslosen Folgen dieser Angriffe mit ihrem unsäglichen Elend für die Flüchtlinge und Asylsuchenden betrachtete es als notwendig und angebracht, seine humanitäre Besorgnis und Verurteilung in schärfster Weise auszudrücken;

*nahm* mit Genugtuung die einstimmig angenommenen Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, insbesondere Resolution 39/ 140 (1984), *zur Kenntnis*, die alle Verletzungen von Rechten und der Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden verurteilen, besonders militärische und bewaffnete Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen;

*formulierte* diesen Beschluss u.a. unter der Voraussetzung, dass Flüchtlingslager und -ansiedlungen einen ausschließlich zivilen und humanitären Charakter haben, und in Beachtung des Grundsatzes, dass die Gewährung von Asyl und Zuflucht ein friedlicher und humanitärer Akt ist und von einem anderen Staat nicht als unfreundlicher Akt angesehen werden kann; ferner in der Hoffnung, zu einer Garantie der Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden beizutragen sowie zu einer Bekräftigung der Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Flüchtlinge, der Staaten und der internationalen Organisationen, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Normen und Grundsätzen des internationalen Rechts; weiterhin betonend, dass die Rechte und Verantwortlichkeiten der Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Normen und Grundsätzen des internationalen Rechts unverändert fortbestehen;

---

<sup>1</sup> Dokument Nr. 12 A (A/42/12/Add.1.1)

1. *verurteilte* alle Verletzungen der Rechte und der Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden und insbesondere militärische oder bewaffnete Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen;

2. *drängte* mit aller Strenge die Staaten, von solchen Verletzungen abzu-  
sehen, welche gegen die Grundsätze des internationalen Rechts verstoßen  
und daher nicht gerechtfertigt werden können;

3. *rief* die Staaten und zuständigen internationalen Organisationen dazu  
*auf*, nach dem Grundsatz der internationalen Solidarität und zur Erleichte-  
rung der Last des Zufluchtslandes nach Kräften jede notwendige Hilfe zu  
gewähren, um das Schicksal der Opfer solcher militärischer oder bewaff-  
neter Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen zu erleichtern, wenn  
solche weiterhin stattfinden sollten;

4. *drängte* Staaten und andere Beteiligte, sich bei ihrer Förderung von  
Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingslagern und -ansiedlungen von fol-  
genden Erwägungen leiten zu lassen:

- a) Flüchtlinge in Lagern und Ansiedlungen haben neben ihren  
grundlegenden Rechten auch Pflichten, die sich aus der Gewäh-  
rung von Zuflucht und Schutz durch das Zufluchtsland ergeben;  
insbesondere haben sie die Pflicht, die Gesetze und Vorschriften  
des Zufluchtslandes zu beachten, einschließlich von Maßnahmen  
zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, und von jeder  
Tätigkeit abzusehen, die den ausschließlich zivilen und humani-  
tären Charakter der Lager und Ansiedlungen beeinträchtigen  
könnte.
- b) Es ist wesentlich, dass die Zufluchtsstaaten alles in ihrer Macht  
Stehende tun, um sicherzustellen, dass der zivile und humanitäre  
Charakter von solchen Lagern und Ansiedlungen aufrechterhal-  
ten wird. Alle anderen Staaten sind dazu aufgerufen, die Zu-  
fluchtsstaaten in dieser Hinsicht zu unterstützen. Zu diesem Ziel  
sind die zuständigen Organe der Vereinten Nationen im Rahmen  
ihres jeweiligen Mandats ebenfalls aufgerufen, mit allen Staaten  
zusammenzuarbeiten, um – wo immer notwendig – Hilfe zu ge-  
währen.

- c) UNHCR und andere betroffene Organe der Vereinten Nationen sollten, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen [alle Anstrengungen unternehmen], um Bedingungen zu fördern, welche die Sicherheit von Flüchtlingen in Lagern und Ansiedlungen gewährleisten. Für UNHCR mag dies eine Aufrechterhaltung des engen Kontakts mit dem Generalsekretär einschließen sowie, soweit angezeigt, mit allen betroffenen Partnern. Es mag auch erforderlich sein, mit Zufluchtsstaaten geeignete Vorkehrungen über die Verfahren zum Schutz solcher Flüchtlingslager und -ansiedlungen zu vereinbaren einschließlich – wo immer möglich – deren Einrichtung in angemessener Entfernung von der Grenze zum Herkunftsland.
- d) Staaten haben die Pflicht, mit dem Hohen Kommissar in der Ausübung seiner humanitären Schutz- und Hilfsfunktion zusammenzuarbeiten, was nur wirksam erreicht werden kann, wenn er Zugang zu Lagern und Ansiedlungen hat, die unter seine Zuständigkeit fallen.